32. Jahrgang • Folge 4 • September 2022

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Gebot der Stunde:
Raschester Ausstieg Österreichs aus den EU-Sanktionen gegen Rußland!

Nur damit kann der Energieversorgungs- und Wirtschafts-Zusammenbruch noch vor dem Winter aufgehalten werden.

Es ist unfaßbar, daß es allen Ernstes Regierungen von EU-Mitgliedstaaten gibt wie auch die österreichische mit Rückendeckung des unseligen Noch-Bundespräsidenten Van der Bellen, die die moralisch verwerflichen und nicht nur gegen die Völker der Russischen Föderation, sondern vor allem gegen unser eigenes Volk und das anderer EU-Mitgliedstaaten gerichteten EU-Sanktionen im Auftrag der USA mittragen. Es ist nicht Putin, der uns das Gas abdreht, es sind diese Sanktionen, mit denen Rußland die Lieferung von Gas und Öl, von Düngemitteln und vielen anderen wichtigen Rohstoffen nach Europa **verboten** wird!

Die Sanktionen gefährden damit insbesondere Deutschland und Österreich; beide haben langfristige Lieferverträge mit Rußland zu günstigen Fixpreisen, an die sich der russische Vertragspartner seit über 50 Jahren immer gehalten hat, selbst in den kältesten Zeiten des kalten Krieges. Trotz der jahrelangen, massiven Hetzkampagne des Westens gegen Rußland

22.8. Bernhard Riegler interviewt Inge Rauscher in auf1.tv zum Freitod der Ärztin Dr. Kellermayr.
Gesamtes Interview (rund 20 Minuten) siehe: https://auf1.tv/nachrichten-auf1/inge-rauscher-zur-medien-hetze-beim-fall-kellermayr-so-sind-wir-nicht/

und der Dämonisierung von Putin sind die dortigen Gasversorger weiter bereit, diese Verträge zu erfüllen. Aber die westlichen Regierungen lassen das nicht zu und stürzen ihre Völker lieber ins Elend, nur um Rußland in die Knie zu zwingen. Seit über 100 Jahren ist es das Ziel der US-amerikanischen Politik, eine Freundschaft zwischen dem rohstoffreichen Rußland und dem - noch - technologisch hochstehenden Deutschland (und Österreich) zu verhindern, koste es was es wolle.

Sensationelle Erklärung des „US Peace Council“ zum Ukraine-Krieg.

Bezeichnend für die Propagandamaschinerie der Massenmedien ist das weltweite Totschweigen einer sehr fundierten Erklärung des US-amerikanischen „Peace Council“ = Friedensrat vom 24.3.2022, die erst vor kurzem dank *anderweltonline.com* überhaupt bekannt wurde. Wir halten diese für sehr wichtig, weil sie 1) zeigt, daß es auch in den USA selbst sehr viel Kritik an der jahrelang aufgebauten Frontstellung der USA gegen Rußland gibt. Und 2) weil diese detaillierte Erklärung einer US-Friedensorganisation de facto vollinhaltlich die völkerrechtliche Beurteilung vorweg-

Fortsetzung auf Seite 2

Inhaltsverzeichnis:

Bundespräsidentenwahl **Seite 2**
Impfopfer-Berichte **Seite 2**
Flugblatt zum Herausnehmen **Seite 3-4**
Veranstaltung „Wenn alle Dämme brechen“ **Seite 5**
Schweizer Neutralitätsinitiative **Seite 6**
Klartext von Dr. Löschke **Seite 7**
Veranstaltung ÖXIT-Thementag **Rückseite**

Österreichische Post AG / SP20Z042089S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

Fortsetzung von Seite 1

nimmt, die die österreichische Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI** unabhängig davon veröffentlicht hat.

Die bemerkenswerte und auch sehr mutige Erklärung des US-Friedensrates kann unter folgendem Link eingesehen werden:

https://seniora.org/wunsch-nach-frieden/der-wunsch-nach-frieden/erklaerung-des-u-s-peace-council

Interessenten, die kein Internet haben, senden wir diese Erklärung (8 Seiten) auch gerne mit der Post zu. Sie zeigt, daß ernsthaft am Frieden Interessierte Verbündete überall haben, selbst in der „Höhle des Löwen". Wir müssen sie nur finden und verbreiten!

Entscheidend ist, daß im Völkerrecht gemäß UNO-Charta das **Selbstbestimmungsrecht der Völker** - wie konkret im Fall der Donbass-Republiken und auch der Krim - höher steht als die „territoriale Unverletzlichkeit" von Staaten. Das ist auch schon rein begrifflich völlig klar, obwohl es wegen imperialistischer Bestrebungen vor allem im Westen negiert wird. Denn natürlich muß im Völkerrecht der nachgewiesene Wille der Völker oder eines Volkes (per Volksabstimmung) **vor** territorialen, staatlichen Ansprüchen stehen. Sonst hieße es ja nicht VÖLKERRECHT!

IMPFEN TÖTET

WWW.IMPFOPFER.INFO

36.000 Impfopfer-Berichte können nicht irren!

Martin Rutter bietet seit Juni 2021 Corona-Impfgeschädigten eine Plattform, auf der sie ihre persönlichen Erfahrungen mit den mRNA-Genspritzen darstellen können, da diese sonst nirgends geltend gemacht werden können. Auf diese Weise hat er das größte Impfopfer-Archiv im gesamten deutschen Sprachraum mit über 36.000 technisch garantiert unzensierten Telegram-Berichten aufgebaut, die man auf seiner Webseite einsehen kann. Es sind erschütternde Berichte, die ansonsten nie ans Tageslicht gekommen wären und die vielen die Augen öffnen über eine schreckliche, leider auch von vielen Ärzten verschwiegene Wahrheit! Informieren Sie sich darüber auf *https://www.direktdemokratisch.jetzt/impfopfer-archiv/*

Soldaten im Einsatz gegen Demonstranten?

Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern inzwischen bittere Realität. Entsprechende Bundesheer-Übungen haben (in der Steiermark) bereits stattgefunden. Das einzige größere Medium, daß dies dankenswerter Weise in einem großen Artikel aufgezeigt hat, ist **„Die ganze Woche"** in ihrer Ausgabe 35 der Woche vom 29.8. Der Artikel kann auf der Homepage der IHU unter dem Link

https://heimat-und-umwelt.at/uploads/pdfs/soldaten-im-einsatz.pdf

eingesehen werden. Das eigene Bundesheer, dessen Hauptaufgabe die militärische Landesverteidigung (also von uns Staatsbürgern) ist, soll gegen uns eingesetzt werden?! Eine Regierung, die so was anordnet, muß zum ehest möglichen Zeitpunkt zu Fall gebracht werden!

Zur Bundespräsidentenwahl am 9. Oktober

Unabhängige Kräfte haben sich die Aussagen und Programme aller Herausforderer von Van der Bellen genau angesehen und sind zu dem Ergebnis gekommen, das Sie hier auf den nächsten zwei Seiten lesen können und das wir am 8.9. auch per **Presseaussendung** in Kurzform veröffentlicht haben, siehe:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220908_OTS0066/ueberparteiliches-personenkomitee-fuer-dr-walter-rosenkranz-als-bundespraesident

Sie können das auf den nächsten zwei Seiten abgedruckte **Infoblatt** gerne noch online weiterverbreiten, siehe:

https://heimat-und-umwelt.at/uploads/pdfs/Flugblatt_220908_Bundespraesidentenwahl.pdf

Inzwischen verbreiten „eigene" und befreundete Aktivisten aus verschiedensten Gruppierungen dieses Infoblatt über zahlreiche social-media-Kanäle und verteilen weit über hunderttausend davon auch persönlich von Haus zu Haus quer durch Österreich.

Die **Druck- und Portokosten** dafür waren natürlich beträchtlich. Deshalb bitten wir die WEGWARTE-Leser, die damit einverstanden sind, dafür um ihnen mögliche **Kostenbeiträge** und danken im voraus.

Die **Masseneinwanderung** in unser Sozialsystem ist heuer ähnlich verherend wie 2015, obwohl in Österreich 20% der Gesamtbevölkerung Migranten sind, in Wien sogar 50%. Trotzdem sind gleich 3 Präsidentschaftskandidaten für eine Fortsetzung derselben, nämlich **Dr. Brunner** von der MFG, **Dr. Wlazny** von der Bierpartei und **Heini Staudinger**. **Gerald Grosz** erklärte vor kurzem, daß Kinder im Mutterleib nichts anderes sind als ein unbedeutender Zellhaufen.

Wlazny und Staudinger sind auch für die Beibehaltung der Sanktionen gegen Rußland. Und **Dr. Wallentin** nimmt zu den wenigsten Fragen wirklich konkret Stellung.

Überparteiliches Personenkomitee

für
Dr. Walter Rosenkranz

als bürgernaher Bundespräsident

Bei dieser Wahl ist das allerwichtigste, daß der amtierende Bundespräsident abgelöst wird. **Van der Bellen** hat der „Corona-Diktatur“ mit den zahlreichen, medizinisch fragwürdigen Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte absolut nichts entgegengesetzt. Anstatt Friedensinitiativen zu verwirklichen, sieht er dem **Bruch der immerwährenden Neutralität Österreichs durch das Mittragen der EU-Sanktionen gegen Rußland** tatenlos zu und bringt unser Land damit in die Gefahr, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden. Diese selbstmörderischen Sanktionen gefährden die leistbare und ausreichende Versorgung unserer Haushalte und Betriebe mit Energie und anderen wichtigen Gütern. Ebenso tatenlos sieht Van der Bellen der im Schatten von „Corona“ gerade heuer stark zugenommenen Zahl der Asylwerber und Zuwanderer in unser Sozialsystem tatenlos zu; die Zahlen werden bis Jahresende jene von 2015 sogar überschreiten!

Die einzige Parlamentspartei, die in all diesen Bereichen aktiv war und einschlägige Gesetzes- und sonstige Beschlüsse im Parlament immer wieder bekämpft und auch auf der Straße dagegen zu Felde zieht, ist die FPÖ. Insbesondere durch die erfolgreiche Klage der FPÖ beim Landesverwaltungsgericht Wien gegen das Verbot der Großdemonstrationen am 31. Jänner 2021 wurde der Weg frei für alle weiteren Demonstrationen gegen die Corona- und Impf-Zwangsmaßnahmen. **Diese gesamtösterreichische Freiheitsbewegung** hatte großen Anteil daran, daß das Impfzwang-Gesetz, das von Van der Bellen bereits unterschrieben worden war, wieder aufgehoben wurde.

Deshalb und aus vielen weiteren Gründen unterstützt das nachstehende, unabhängige Personenkomitee die Wahl des amtierenden, von der FPÖ gestellten Volksanwalts **Dr. Walter Rosenkranz** zum nächsten Bundespräsidenten. Er spricht sich ganz klar für eine **Aufhebung der gesamten Covid-Gesetzespakete** aus **und für ein Aussteigen Österreichs aus den EU-Sanktionen gegen Rußland.** Das sind die wichtigsten Voraussetzungen, um der drohenden Massenverarmung und Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen Österreichs Einhalt gebieten zu können. Und er wird auf eine **Friedenspolitik Österreichs** drängen, die für keine von zwei Seiten Partei ergreift, wie es das Neutralitätsgesetz im Sinne einer gedeihlichen Zukunft für unser Land erfordert. Auch die Förderung von Bemühungen für eine **Remigration der Masseneinwanderer in ihre Heimatländer** sind von allen zur Wahl am 9. Oktober Antretenden am ehesten dem FPÖ-Kandidaten zuzutrauen.

Wir erleben derzeit eine Phase völliger Unsicherheit, wo niemand weiß, ob wir überhaupt im nahenden Winter unsere Wohnungen noch heizen werden können und ob die Industrie noch weiterarbeiten kann. Angesichts einer dadurch drohenden Massenarbeitslosigkeit schließen sich immer mehr nicht-FPÖ gebundene Mitbürger zusammen zur Unterstützung eines Bundespräsidenten, der den gegenwärtigen Haupt-Bedrohungen vernünftige und machbare Alternativen entgegensetzt. Es kann nicht sein, daß wir alle vor dem kommenden Winter zittern müssen. Österreich muß so rasch wie möglich aus den EU-Sanktionen gegen Rußland aussteigen! Dafür brauchen wir einen Bundespräsidenten, der sich dafür auf allen Ebenen einsetzt.

Wir unterstützen Dr. Rosenkranz auch deshalb, weil der Bundespräsident als Vertreter der Republik nach innen und außen und Oberbefehlshaber des Bundesheeres eine Persönlichkeit sein sollte, die mit dem gesamtpolitischen Geschehen in Österreich und darüberhinaus aus langjähriger, täglicher Arbeit in verschiedenen Staatsfunktionen gut vertraut ist. Durch seine inzwischen dreijährige Tätigkeit als **Volksanwalt** hat er einen guten Einblick in die Probleme sehr vieler Bürger mit dem Verwaltungsvollzug. Das ist für einen Bundespräsidenten, der das Staatsvolk

Dieser Wahlaufruf wird von Bürgern aus Eigenverantwortung für unser Land und auf eigene Kosten getragen - *siehe Rückseite.*

Bitte wenden!

auch wirklich kennen sollte, eine gute Grundlage für ein positives, bürgernahes Wirken im Gegensatz zum derzeitigen Amtsinhaber. Das trifft in diesem Ausmaß auf keinen anderen der Herausforderer von Van der Bellen zu.

Auch nicht auf den „Krone"- und Stronach-Kandidaten Dr. Wallentin, zumal die „Krone" eine der Hauptpropagandisten der „Corona-Diktatur" war. Von ihm gibt es keine klare Absage an die Corona-Zwangsmaßnahmen und auch nicht gegen die für uns existenzbedrohenden und kriegstreiberischen EU-Sanktionen. Auch in anderen wichtigen Fragen sind seine Aussagen zu vage und unbestimmt.

Wir brauchen einen Präsidenten, der ein Garant ist für die Demokratie, die Verfassung und den Rechtsstaat und der auch ein Befürworter der **direkten Demokratie durch Volksbefragungen und Volksabstimmungen** ist. „Holen wir uns unser Österreich zurück" bedeutet, daß damit auch eine Abkehr von der eng mit der NATO verzahnten EU in der Politik kein Tabu-Thema mehr sein darf.

Überparteiliches Personenkomitee für Dr. Walter Rosenkranz

Hannes BREJCHA
Demo-Organisator und Sprecher von „Fair-Denken"

Mag. Bernhard KMENT
Gesundheitsberater

Viktor KOSCHELU
gewerblicher und Heilmasseur

Mag. Markus LECHNER
Sozial- und Wirtschaftswissenschafter

Mag. Hermann H. MITTERER
Oberst im ÖBH, Mitbegründer der „Beamten für Aufklärung" und der „Soldaten für Neutralität"

MMag. DDr. Edith PEKAREK
Europarechtlerin

Dr. Franz-Joseph PLANK
Tierarzt und Tierschützer

Inge RAUSCHER
Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt"

Dr.med. Johann WILDE
Obmann der Plattform „Ärzte für das Leben"

Renate ZITTMAYR
Landwirtin und Aktivistin im Corona- und Impf-Widerstand

Kontakt:
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, 0664/4893797, ihu@a1.net

Dieses Informationsblatt kann dort in größeren Stückzahlen zum Weiterverbreiten angefordert und auch elektronisch von der Webseite *www.heimat-und-umwelt.at* heruntergeladen und weiterverbreitet werden.

Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki und Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer zur Bundespräsidentenwahl 9. Oktober 2022

Die Wahl zum Bundespräsidenten am 9. Oktober 2022 ist eine Schicksalswahl, weil sich Österreich in einer schicksalsschweren Zeit befindet. Sowohl die innenpolitischen Probleme – Energiekrise, Covid, beginnende Inflation – als auch die außenpolitischen Perspektiven – Ukraine-Krieg, Verhältnis zu Russland, verfehlte und nachteilige Politik der Europäischen Union, insbesondere die Migration und Sanktionen betreffend – stellen Österreich vor große Herausforderungen.

Europa und die Welt sind im Umbruch. Der von den USA geführte Krieg gegen Russland – militärisch (Ukraine), wirtschaftspolitisch und auf der Informationsebene mit Hilfe der Medien – eskaliert, eine Ausweitung in einen großen Krieg ist eine reale Bedrohung.

Es ist daher ein Bundespräsident mit einer starken Persönlichkeit und einem starken Charakter notwendig, der Österreich in dieser schweren Zeit mutig und konsequent, in Verteidigung von Grund- und Freiheitsrechten, Selbstbestimmung, Demokratie und Souveränität vertritt.

Diese Voraussetzungen zur Bewahrung von Stabilität und Sicherheit sind aufgrund seiner Persönlichkeit, seiner Berufserfahrung, seinem bisherigen Verhalten und seinen bisherigen Äußerungen und Stellungnahmen, nur bei Dr. Walter Rosenkranz gegeben.

Wien und Lilienfeld, am 1.9.2022

Impressum/Für den Inhalt verantwortlich: Initiative Heimat & Umwelt, Hagengasse 5, 3424 Zeiselmauer

EINLADUNG

zum Vortrag mit Diskussion

Wenn alle Dämme brechen ...

Wie unsere Zivilgesellschaft die kommenden Herausforderungen bewältigen kann.

Montag, 17. Oktober, 19 Uhr
4052 ANSFELDEN bei Linz
Gasthof STOCKINGER, Ritzlhofstr. 63

Dienstag, 18. Oktober, 19 Uhr
3033 ALTLENGBACH bei Wien
Hotel STEINBERGER, Hauptstr. 28

Es spricht:

Oberst Gottfried PAUSCH aus Salzburg

Veranstalter: Initiative Heimat & Umwelt IHU

MODERATORIN: Inge RAUSCHER, IHU-Obfrau

- Eintritt gegen freie Spende
- Imbißmöglichkeit („kleine Karte") vor Vortragsbeginn
- Übernachtungsmöglichkeit für Auswärtige in beiden Hotels

Teuerung und Inflation, Ukraine-Krieg und Rußland-Sanktionen, Energiemangel und Blackout, Asylunwesen und demographischer Wandel, Schuldenkrise und P(l)andemie, Subsidiarität oder Zentralismus .... alles von der Oligarchie selbst mitverschuldet und nicht in den Griff zu bekommen. Wenn die Politik versagt, bleibt der „Zivilgesellschaft" oder besser dem Volk nichts anderes übrig, als selbst initiativ zu werden. Die Welt wird nicht untergehen, doch wir sind auf uns selbst angewiesen. Geistig und materiell müssen wir zu neuen Ufern aufbrechen, wie erklärt der Vortragende.

Lebenslauf des Vortragenden:
geboren 1957, 1977-1980 Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie, Berufsoffizier beim Österreichischen Bundesheer, Ausbildungsoffizier und Hauptlehroffizier Infanterie an der damaligen Jägerschule in Saalfelden, 1999 zum Korpskommando II nach Salzburg, 2006 Wechsel zum Streitkräfteführungskommando, bekannt geworden als unermüdlicher Mahner vor dem Blackout und seinen Folgen, seit einem Jahr im „Un"Ruhestand, weiterhin als Sicherheitsexperte tätig und unterwegs.

Warum steigen die Energiepreise wirklich so dramatisch?

Das hat schon **vor** dem Ukraine-Krieg begonnen und hängt damit zusammen, daß die Energieimporteure die durch langfristige Verträge mit Rußland abgesicherte, billige Energie - anstatt diese Preise an die Kunden weiterzugeben - an die Börsen gebracht und damit zwecks vermeintlicher kurzfristiger Gewinne zum Spekulationsobjekt gemacht haben. De facto handelt es sich dabei um eine Veruntreuung von lebenswichtigen Gütern der Daseinsvorsorge für die Allgemeinheit durch die westlichen Strom- und Gaskonzerne. Sanktionen haben die Lage nun verschärft durch eine künstliche Verknappung der Gasimporte, die den Preis weiter in die Höhe treibt. Gas wird auch für die Stromerzeugung gebraucht .... Siehe die Lage bei der WIEN ENERGIE, die angeblich nicht pleite ist, nur kein Geld mehr hat.

Eine genaue Erklärung dieser komplexen Zusammenhänge kann man auf dem Blog des Finanz- und Wirtschaftsfachmanns Thomas Röper nachlesen, siehe *https://www.anti-spiegel.ru/2022/die-medien-und-ihre-suche-nach-den-schuldigen-fuer-die-gaskrise/* Darin nimmt er zu den wahren Gründen für die Energiekrise Stellung, da werden vielen die Augen aufgehen!

Ein **Verbrechen** ist auch die Nicht-Inbetriebnahme der im Einvernehmen mit der deutschen Regierung (Merkel) von Rußland gebauten und fix und fertigen Ostsee-Pipeline **Nord Stream II**, die auf Knopfdruck Gas liefern könnte, wofür sie ja auch gebaut wurde. Aber die US- und EU-hörige derzeitige deutsche Regierung nimmt sie aus politischen Gründen nicht in Betrieb; in Deutschland demonstrieren inzwischen Handwerker, Ingenieure und Arbeiter gegen diesen Wahnsinn. Auch die österreichische ÖMV hängt mit Krediten in der Höhe von 730 Millionen Euro in Nord Stream II drinnen - siehe *https://www.nachrichten.at/wirtschaft/nord-stream-2-vor-der-insolvenz;art15,3592280*

Schweizer Neutralitätsinitiative

Dr. Marianne Wüthrich

Die Schweizer lassen sich den klaren Neutralitätsbruch ihrer aus sieben Mitgliedern bestehenden Regierung (dort heißt diese „Bundesrat") durch das Mittragen der EU-Sanktionen gegen Rußland nicht gefallen. Sie starteten vor kurzem eine „Neutralitätsinitiative". Volksinitiativen haben in der Schweiz einen ganz anderen Stellenwert als Volksbegehren bei uns. Die Schweizer Bürger haben sich in jahrhundertelangen Bemühungen ein **Recht auf direkte Demokratie** erkämpft, das wir von der Initiative Heimat & Umwelt IHU und andere Gruppierungen für Österreich auch schon lange wollen. Wenn eine Schweizer Volksinitiative die nötigen 100.000 Unterschriften erreicht (was bei diesem Thema so gut wie sicher ist), muß darüber eine **Volksabstimmung** angesetzt werden, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist.

Renate Zittmayr und **Inge Rauscher** waren Anfang September bei einem großen **internationalen Kongreß** in der Schweiz, bei dem hochrangige Vertreter aus zahlreichen europäischen Staaten und anderen Kontinenten (USA, Afrika, Asien) voneinander unabhängige Darstellungen ihrer Sicht auf die derzeitige Weltlage präsentierten; aus Österreich waren mehrere Redner eingeladen, darunter auch Inge Rauscher. Es war für uns sehr beeindruckend, daß so gut wie alle an die 30 Redner in der Bewertung des Krieges in der Ukraine weitgehend übereinstimmten. Es handle sich um einen **Krieg der USA gegen Rußland**, wie ja auch die Wiener Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki bereits in ihrem Rechtsgutachten vom 23.5.2022 in 17 Punkten im Detail ausgeführt hatte. Wir brachten dieses Gutachten den Lesern der WEGWARTE in der Ausgabe 3 vom Juni 2022 vollinhaltlich zur Kenntnis und senden dieses gerne weiteren Interessenten daran per Post oder online zu.

Bei diesem Kongreß erfuhren wir auch Näheres über die kommende Schweizer Neutralitätsinitiative und erhielten im Anschluß an den Kongreß nachstehenden Brief, den wir hiermit veröffentlichen; die Erläuterungen zum offiziellen Initiativtext verfaßte die Juristin **Dr. Marianne Wüthrich**, die auch massiv dazu beigetragen hat, daß die Schweizer Regierung nach jahrelangen Verhandlungen voriges Jahr dem „Rahmenvertrag mit der EU" eine endgültige Absage erteilt hat. Er wäre eine Art EU-Beitritt durch die Hintertür gewesen; eine Volksabstimmung darüber hat man gar nicht erst gewagt.

Die EU-freie Schweiz hat aktuell eine **Inflationsrate** von 3,5 Prozent - der EU-Mitgliedstaat Österreich 9,1 Prozent. Die **Staatsverschuldung** der EU-freien Schweiz beträgt aktuell 27,5 % des Bruttoinlandsprodukts, die des EU-Mitgliedstaates Österreich beträgt 82,8 %.

Nachstehend nun der Wortlaut des **Schreibens von Frau Dr. Wüthrich**:

Der Initiativtext, der noch nicht definitiv ist, wurde kürzlich bei der Bundeskanzlei zur (formellen) Vorprüfung eingereicht. Dazu zwei Erläuterungen, die ich verfasst habe.

Provisorischer Initiativtext:

BV Art. 54a Schweizerische Neutralität

1 Die Schweiz ist immerwährend bewaffnet neutral.

2 Sie tritt keinem militärischen oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit für den Fall eines militärischen Angriffs auf die Schweiz oder dessen Vorbereitungshandlungen.

3 Sie beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der UNO sowie Massnahmen zwecks Verhinderung der Umgehung von Massnahmen anderer Staaten.

4 Sie nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Beseitigung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Erläuterung zum Initiativtext:

Sein Inhalt ist allgemeinverständlich und braucht nicht im Detail erklärt zu werden. Nur so viel dazu: Wenn dieser Artikel 54a in der Bundesverfassung stehen wird, gilt wieder das, was eigentlich für jeden Schweizer selbstverständlich sein sollte – bewaffnete Neutralität (das heisst eine Armee, die fähig ist, das Land zu verteidigen), militärische Zusammenarbeit nur im Falle eines (drohenden) militärischen Angriffs auf die Schweiz, keine Beteiligung an Kriegen anderer Staaten (auch nicht mit Waffenlieferungen), keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten (Ausnahmen siehe Absatz 3), Nutzung der immerwährenden Neutralität für die Leistung Guter Dienste.

Warum ist die Einfügung dieses Artikels in die Bundesverfassung überhaupt nötig?

Weil die inhaltliche Ausformung der Neutralität bisher nicht in der Verfassung steht. Als Aufgabe der Bundesversammlung heisst es in Art. 173 Abs. 1a: «Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz». Dieselbe Aufgabe ist dem Bundesrat gemäss Art. 185 Abs. 1 zugewiesen. Bis vor rund 25 Jahren war es nicht nötig, die schweizerische Neutralität genauer zu fassen. Aber seit dem Beitritt der Schweiz zur NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) – ohne Volksentscheid! – steht die inhaltliche Verankerung der Neutralität in der Verfassung an, und nach den neutralitätswidrigen Bundesratsentscheiden zur Ukraine-Krise ist sie noch dringender geworden.

4. September 2022

Dr. iur. Marianne Wüthrich

Ich habe es satt

Klartext von Prof. Dr. Knut Löschke

Ich habe es satt, oder, um es noch klarer auszudrücken: ich habe die Schnauze voll vom permanenten und immer religiöser werdenden Klima-Geschwafel, von Energie-Wende-Phantasien, von Elektroauto-Anbetungen, von Gruselgeschichten über Weltuntergangs-Szenarien von Corona über Feuersbrünste bis Wetterkatastrophen.

Ich kann die Leute nicht mehr ertragen, die das täglich in Mikrofone und Kameras schreien oder in Zeitungen drucken. Ich leide darunter miterleben zu müssen, wie aus der Naturwissenschaft eine Hure der Politik gemacht wird.

Ich habe es satt, mir von missbrauchten, pubertierenden Kindern vorschreiben zu lassen, wofür ich mich zu schämen habe.

Ich habe es satt, mir von irgendwelchen Gestörten erklären zu lassen, daß ich Schuld habe an Allem und an Jedem - vor allem aber als Deutscher für das frühere, heutige und zukünftige Elend der ganzen Welt.

Ich habe es satt, daß mir religiöse, sexuelle und ethnische Minderheiten, die ihre wohl verbrieften Minderheitenrechte mit pausenloser medialer Unterstützung schamlos ausnutzen, vorschreiben wollen, was ich tun und sagen darf und was nicht.

Ich habe es satt, wenn völlig Übergeschnappte meine deutsche Muttersprache verhunzen und glauben mir beibringen zu müssen, wie ich mainstream-gerecht zu schreiben und zu sprechen habe.

Ich habe es satt mitzuerleben, wie völlig Ungebildete, die in ihrem Leben nichts weiter geleistet haben als das Tragen einer fremden Aktentasche, vorgeben, Deutschland regieren zu können.

Ich kann es nicht mehr ertragen, wenn unter dem Vorwand einer „bunten Gesellschaft" Recht, Sicherheit und Ordnung dahin schwinden und man abends aus dem Hauptbahnhof kommend, über Dreck, Schmutz, Obdachlose, Drogensüchtige und Beschaffungskriminelle steigen muß, vorbei an vollgekrakelten Wänden, die nach Urin stinken.

Ich möchte, daß in meinem Land die Menschen, gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und gleich welcher Herkunft wertgeschätzt und unterstützt werden, die täglich mit ihrer fleißigen, produktiven und wertschöpfenden Arbeit den Reichtum der ganzen Gesellschaft hervorbringen: die Mitarbeiter in den Unternehmen, die Handwerker, die Freiberufler, die vielen engagierten und sozial handelnden Unternehmer der kleinen und mittelständischen Wirtschaft.

Ich möchte, daß die Lehrer unserer Kinder, die Ärzte und Pfleger unserer Kranken und Hilfebedürftigen die Anerkennung, die Wertschätzung und die Unterstützung erhalten, die sie täglich verdienen.

Ich möchte, daß sich die Jungen und Ungestümen in den wohlgesetzten Grenzen unseres Rechtsraumes austoben, aber sich auch vor ihren Eltern und Großeltern, vor den Alten und Erfahrenen verneigen, weil sie die Erschaffer ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit sind.

Knut Löschke *absolvierte eine Ausbildung als Chemieanlagenbauer, in Kristallographie, Physik, Mathematik und Informatik an der Universität Leipzig. 1990 gründete er das Software-Unternehmen PC-Ware Information Technologies (heute Comparex), das er zu einem internationalen börsennotierten Konzern mit mehr als 1.800 Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen von über 1 Milliarde Euro aufbaute.*

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at - www.jazumoexit.at
https://de-de.facebook.com/inge.rauscher.5283

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,
32. Jahrgang, Folge 4, September 2022, ZulassungsNr. "SP20Z042089S",
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,
Tel.: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 14.09.2022,
Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE"?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt" gewählt. Die „Wegwarte" ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt" (IHU)** ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die „Wegwarte" auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte" heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

INITIATIVE Heimat & Umwelt IHU

EINLADUNG zum

ÖXIT
FÜR EIN NEUTRALES SICHERES UND FREIES ÖSTERREICH

DER GENERATIONENVEREINT PRÄSENTIERT

Thementag "WIR"

Für ein neutrales, sicheres und freies Österreich

mit Publikumsdiskussion

22. Oktober 2022
17:00

Mag. Katja REITHOFER
Gesundheitswesen

Inge RAUSCHER
Neutralität und Frieden

Mag. Markus LECHNER
Wirtschaft und Soziales

Ingrid WEBER
Pharma- und Nahrungsmittelindustrie

Renate ZITTMAYR
Landwirtschaft

Dr. Franz-Joseph PLANK
Tierschutz

in **3380 PÖCHLARN** in N.Ö.
„Hotel Moser", Bahnhofplatz 3

Eintritt gegen freie Spende ● Imbißmöglichkeit im Lokal vor Vortragsbeginn ● Übernachtungsmöglichkeit im Hotel

Angesichts der kriegstreiberischen und sozial und wirtschaftlich rücksichtslosen EU-Politik gegenüber den Völkern der Mitgliedstaaten beschäftigen sich immer mehr Gruppierungen mit einem ÖXIT, dem Austritt aus dieser EU. Dieser war auch bei der MEGA-Demo am 10. September in Wien ein Thema. Der **ÖXIT-Thementag in Pöchlarn** ist bereits der zweite und wird wieder vom „Generationenverein't" und deren Sprecherin Mag. Katja Reithofer veranstaltet. Der erste war am 26.8. in Bischofstetten und war sehr gut besucht. Wir hoffen, mit dem zweiten ÖXIT-Thementag auch andere Gruppierungen zu motivieren, sich gerade angesichts der aktuellen Lage verstärkt mit dem ÖXIT zu befassen und ähnliche Initiativen zu setzen. So wie jetzt kann es nicht weitergehen!

Wer die verfassungsgemäße, immerwährende NEUTRALITÄT Österreichs (im Gegensatz zur schwarz-grünen Regierung) bewahren will, kommt am EU-Austritt nicht vorbei. Die neu gegründeten **„Soldaten für Neutralität"** (*https://www.soldaten-fuer-neutralitaet.at*) verweisen darauf, daß Österreich sich bereits an folgenden militärischen Aktionen beteiligt:

1. An den EU-Battlegroups, d.h. Kampfgruppen der EU-Krisenreaktionskräfte. **2.** An PESCO, d.h. Permanent Structured Cooperation = ständige strukturierte Zusammenarbeit. **3.** An der NATO-PFP, d.h. Partnership for Peace = Partnerschaft für den Frieden. **4.** Am US-Drohnenprogramm durch die Bundesheer-Abhörstation Königswarte bei Hainburg in Niederösterreich, die von den USA finanziell unterstützt wurde.

Die „Soldaten für Neutralität" rufen in Erinnerung, daß das neutrale Österreich (vor dem EU-Beitritt) **mehrfach bewiesen** hat, daß es in Krisenzeiten erfolgreich zwischen Konfliktparteien verhandeln kann und auch gewillt ist, das eigene Land vor der Gefahr des Übergreifens von Kampfhandlungen bestmöglich zu schützen, etwa im November 1956 (Ungarn-Krise), im August 1968 (Prager Frühling) und im Juni 1991 (Jugoslawien-Krieg).